

IOV • Bismarckstr. 100 • DE-41061 MÖNCHENGLADBACH

Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland
Referat Völkerrecht / Menschenrechte
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

DIPLOMATISCHE NOTE

Unser Vorgang: IOV-AA-122025
Unser Schreiben vom: 23.12.2025
E-Mail: post@orgvr.org
Telefon: +49 800 708 0847
Fax: +49 800 148 0980
Ihre Schreiben vom:
Ihr Vorgang:

Ersuchen um Kenntnisnahme und Dokumentation struktureller Umsetzungsdefizite völkerrechtlicher Verpflichtungen (Hard Law / Soft Law)

Bezug:

- Genfer Abkommen IV vom 12.08.1949, Art. 144
- Art. 25 Grundgesetz
- UN-Resolution 56/83 (Articles on Responsibility of States for Internationally Wrongful Acts)
- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
- KSZE-Schlussakte von Helsinki (1975)
- Charta von Paris für ein neues Europa (1990)

I. Anlass und Zielsetzung

Die Internationale Organisation für Völkerrecht (IOV) erlaubt sich, das Auswärtige Amt um **Kenntnisnahme, Dokumentation und völkerrechtliche Einordnung** der nachfolgend dargestellten Sachverhalte zu ersuchen.

Gegenstand dieses Schreibens ist **keine Beschwerde, keine Forderung und keine Einzelfallvertretung**, sondern die **sachliche Dokumentation struktureller Versäumnisse** staatlicher Stellen bei der innerstaatlichen Umsetzung und Anwendung völkerrechtlicher Verpflichtungen gegenüber **Zivilisten**.

Die beigefügten **Anlagen 1–42** belegen anhand zahlreicher, gleichgelagerter Verwaltungsvorgänge, dass diese Versäumnisse **nicht vereinzelt**, sondern **systemisch** auftreten.

II. Festgestellte Ausgangslage

Aus der Gesamtschau der Anlagen ergibt sich ein wiederkehrendes Verwaltungsmuster:

- Zivilisten werden administrativ erfasst und mit hoheitlichen Maßnahmen belegt,
- ohne dass eine **rechtsverbindliche Feststellung ihrer Staatsangehörigkeit oder ihres Status** erfolgt,
- völkerrechtliche Normen werden abstrakt anerkannt, **praktisch jedoch nicht angewendet**,

- Zuständigkeiten werden zwischen Behördenebenen weitergereicht,
- aus ungeklärten Register- und Statuslagen werden dennoch **unmittelbare Rechtsfolgen** (Steuern, Beiträge, Verwaltungszwang) abgeleitet.

Diese Praxis betrifft kommunale, Landes- und Bundesbehörden gleichermaßen.

III. Völkerrechtlicher Rahmen – Hard Law

1. Genfer Abkommen IV (1949), Art. 144

Art. 144 GA IV verpflichtet die Vertragsstaaten verbindlich,

- die Bestimmungen des Abkommens zu verbreiten,
- diese in Ausbildung, Verwaltung und Justiz zu verankern,
- und ihre Anwendung sicherzustellen, soweit Zivilisten betroffen sind.

Die Anlagen zeigen übereinstimmend, dass diese Pflicht **innerstaatlich nicht umgesetzt** wird:

- keine nachweisbare Schulung,
- keine klare Zuständigkeitsstruktur,
- keine Anwendung im Verwaltungsvollzug.

2. Art. 25 Grundgesetz

Art. 25 GG ordnet die allgemeinen Regeln des Völkerrechts als **Bestandteil des Bundesrechts mit Vorrangwirkung** ein.

Damit sind **alle staatlichen Ebenen**, einschließlich Kommunen, unmittelbar gebunden.

Die wiederkehrende Argumentation, völkerrechtliche Normen seien lediglich politischer Natur oder nicht unmittelbar anwendbar, steht hierzu **in klarem Widerspruch**.

3. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)

Der ICCPR ist für die Bundesrepublik Deutschland **verbindliches Hard Law**.

Von besonderer Relevanz sind:

- **Art. 16 ICCPR – Recht auf Anerkennung als Rechtsperson**
Jede Person hat das Recht, **überall als Rechtsperson anerkannt zu werden**.
- **Art. 24 Abs. 2 ICCPR – Recht auf Registrierung**
Jede Person hat Anspruch auf Registrierung und rechtliche Zuordnung.
- **Art. 2 Abs. 1 ICCPR – Pflicht zur Gewährleistung der Rechte ohne Diskriminierung**

Die dokumentierten Vorgänge zeigen, dass Zivilisten zwar registriert werden, jedoch **ohne rechtsverbindliche Klärung ihrer rechtlichen Identität und ihres Status**.

Eine bloße administrative Erfassung ersetzt **nicht** das völkerrechtlich geschützte Recht auf **rechtliche Identität**.

IV. Völkerrechtlicher Rahmen – Soft Law mit normativer Leitwirkung

1. KSZE-Schlussakte von Helsinki (1975)

Die Schlussakte entfaltet zwar keine unmittelbare Individualklagebefugnis, begründet jedoch eine **verpflichtende Leitwirkung** für:

- staatliches Handeln,
- Schutz der Zivilbevölkerung,
- institutionelle Verantwortung und Rechtsstaatlichkeit.

Die Anlagen 13–26 sowie 29–30 dokumentieren, dass diese Leitwirkung **innerstaatlich nicht operationalisiert** wird.

2. Charta von Paris (1990)

Die Charta von Paris konkretisiert die Selbstbindung der Vertragsstaaten an:

- effektiven Rechtsschutz,
- institutionelle Verantwortung,
- Achtung der Würde und rechtlichen Stellung des Individuums.

Auch hier ist keine konsistente Umsetzung in der Verwaltungspraxis erkennbar.

V. Staatenverantwortlichkeit – UN-Resolution 56/83

Die **UN-Resolution 56/83** kodifiziert das Völkergewohnheitsrecht zur Staatenverantwortlichkeit.

Relevante Bestimmungen sind insbesondere:

- **Art. 2:** Voraussetzungen eines völkerrechtswidrigen Handelns
- **Art. 4:** Zurechnung des Handelns aller staatlichen Organe, unabhängig von Ebene oder Funktion
- **Art. 12–15:** fortdauerndes Unterlassen
- **Art. 31:** Pflicht zur Wiedergutmachung

Die dokumentierten Vorgänge belegen ein **fortdauerndes Unterlassen**:

- Unterlassen der Schulung nach Art. 144 GA IV,
- Unterlassen der rechtsverbindlichen Status- und Identitätsfeststellung,
- Unterlassen der völkerrechtskonformen Anwendung innerstaatlicher Maßnahmen.

Damit ist die Schwelle zur **völkerrechtlichen Relevanz staatlicher Verantwortlichkeit** zumindest berührt.

VI. Bedeutung der Dokumentation

Dieses Schreiben dient der **präventiven, transparenten und sachlichen Dokumentation**.

Sollten die festgestellten Versäumnisse **fortbestehen** und **keine erkennbaren Abhilfemechanismen** greifen, wird die IOV die Dokumentation:

- in geeigneter Form
- über internationale Beobachtungs-, Berichts- und Fachmechanismen

international zur Kenntnis bringen.

Dies erfolgt nicht konfrontativ, sondern im Rahmen der vorgesehenen völkerrechtlichen Verfahren.

VII. Ersuchen der IOV

Die Internationale Organisation für Völkerrecht ersucht höflich,

1. dieses Schreiben sowie die **Anlagen 1–42** zur Kenntnis zu nehmen und zu dokumentieren,
2. die dargestellten Sachverhalte **völkerrechtlich einzuordnen**, insbesondere im Zusammenspiel von Hard Law und Soft Law,
3. zu prüfen, ob innerstaatliche **Koordinations-, Schulungs- oder Klarstellungsmaßnahmen** angezeigt sind,
4. mitzuteilen, ob eine ressortübergreifende Befassung innerhalb der Bundesregierung für erforderlich gehalten wird.

VIII. Schlussbemerkung

Die Brisanz der vorliegenden Dokumentation ergibt sich **nicht aus Wertungen**, sondern aus der **Kumulation belegter Versäumnisse** bei der Umsetzung verbindlicher völkerrechtlicher Verpflichtungen, insbesondere im Hinblick auf das **Recht auf Identität und rechtliche Anerkennung von Zivilisten**.

Die IOV versteht dieses Schreiben als sachlichen Beitrag zur **Rechtsklarheit, Prävention und Wahrung der völkerrechtlichen Integrität**.

Die IOV behält sich vor, diese Dokumentation – sofern keine Klärung oder erkennbare Abhilfemaßnahmen erfolgen – im Rahmen der vorgesehenen internationalen Berichts- und Beobachtungsmechanismen zur Kenntnis zu bringen.

In friedlicher Absicht und mit Achtung vor Ihrer Amtsstellung
Internationale Organisation Völkerrecht (IOV)
– Beauftragte der Zivilbevölkerung gemäß Genfer Abkommen IV –



VORSTAND der Schutzmacht

des Zivilschutz Genfer Abkommen IV - SR 0.518.51
im Namen und im Rechtauftrag des Zivilschutz als Schutzmacht

VORSTAND der Schutzmacht

des Zivilschutz Genfer Abkommen IV - SR 0.518.51
im Namen und im Rechtauftrag des Zivilschutz als Schutzmacht

Anlageverzeichnis

(Bezug zum Schreiben der IOV – Dokumentation völkerrechtlicher Versäumnisse)

Grundlagen / Recht / Register

Anlage 1

Schreiben des Bundesverfassungsgerichts, Az. AR 2984/25 (14.05.2025)

- Hinweis auf fehlende Zuständigkeit außerhalb formeller Verfahren; keine inhaltliche Prüfung völkerrechtlicher Fragen

Anlage 2

Antwort des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

- Verneinung eigener Zuständigkeit, keine Weisungsbefugnis gegenüber Ausländerbehörden

Anlage 3

Schreiben Stadtamt Bremen (09.02.1993)

- Anerkennung als „Deutsche(r) ohne deutsche Staatsangehörigkeit“, rechtsklare historische Verwaltungspraxis

Anlage 4

Urteil Verwaltungsgericht, Az. VG 3 K 2581/19

- Fehlende konstitutive Wirkung von Melderegistereinträgen zur Staatsangehörigkeit

Anlage 5

Charta von Paris für ein neues Europa (1990)

Exekutivpraxis / Verwaltungsvollzug

Anlage 6

Finanzamt Zwiesel (Juli–November 2025)

- Anwendung hoheitlicher Maßnahmen trotz ungeklärtem staats- und völkerrechtlichem Status (notariell beglaubigt, Haager Apostille)

Anlage 7

Schriftverkehr Landratsamt Forchheim / Landrat (2025)

- Weiterverweisung und fehlende Zuständigkeitsklärung bei Statusfragen

Anlage 8

Gesamtvorgang Masernimpfung

- heilberuflich-medizinischer Verwaltungsvollzug ohne erkennbare völkerrechtliche Prüfung

Anlage 9

Gesamtvorgang Reiseausweis / heimatloser Ausländer

- mehrstufiger behördlicher Schriftverkehr ohne rechtsverbindliche Statusfeststellung

Anlage 10

Antwort Ausländerbehörde Traunstein (01.12.2025)

– pauschale Statuszuschreibung auf Grundlage von Melderegister- und Dokumentenbesitz

Gerichte / Justiz

Anlage 11

Verwaltungs- und oberverwaltungsgerichtlicher Schriftverkehr Bremen

– fehlende völkerrechtliche Prüfung, sicherheitsrechtliche Zuschreibungen

Anlage 12

Gesamtvorgang Peter Michael Hilmer

– britische Geburtsurkunde, Passhistorie, Register EStA (keine Staatsangehörigkeit)

Justizministerien Bund und Länder – KSZE / GA IV

Anlage 13

Antwort Bundesministerium der Justiz

– Verweis auf Auswärtiges Amt, keine eigene Umsetzung

Anlage 14

Justizministerium Schleswig-Holstein

– Verneinung der Zuständigkeit

Anlage 15

Justizministerium Niedersachsen

– Verweis auf Art. 32 GG / Auswärtiges Amt

Anlage 16

Freie und Hansestadt Hamburg – KSZE

– historische Einordnung, keine Umsetzung

Anlage 17

Justizbehörde Hamburg

– keine spezifische Zuständigkeit

Anlage 18

Bayerisches Staatsministerium der Justiz (Georg Eisenreich)

– Einschränkung der Anwendbarkeit des GA IV

Anlage 19

Bayerisches Staatsministerium der Justiz (weitere Antwort)

– erneute Zuständigkeitsverlagerung

Weitere Länder / fortgesetztes Muster

Anlage 20

Justizministerium Sachsen-Anhalt

- Verweis auf Internetquellen, keine Schulungspflicht

Anlage 21

Justizministerium Niedersachsen

- freiwillige Fortbildung, keine Verpflichtung

Anlage 22

Justizministerium Nordrhein-Westfalen

- formale Anerkennung, keine Umsetzung

Anlage 23

Justizministerium Niedersachsen (04.11.2025)

- erneute Weiterverweisung

Anlage 24

Justizministerium Niedersachsen (24.10. / 06.11.2025)

- Wiederholung des Musters

Anlage 25

NRW – KSZE-Anfrage

- Ausgangsanfrage zur Umsetzung

Anlage 26

NRW – Originalantwort Justizministerium

- Zuständigkeitsverlagerung
-

Bundesregierung / Verteidigung

Anlage 27

Bundeskanzleramt

- Weiterleitung an Fachressort, keine Koordination

Anlage 28

Bundesministerium der Verteidigung

- Umsetzung Art. 144 GA IV im Militär, keine zivile Zuständigkeit
-

Kommunale Ebene / Völkerrecht als „nicht unmittelbar“

Anlage 29

Schriftverkehr zur KSZE – kommunale Ebene

- Anerkennung nur mittelbarer Wirkung

Anlage 30

Landrat Rhein-Sieg-Kreis

– ausdrückliche Verneinung unmittelbarer Verpflichtungen

Identität / Register / Folgepflichten

Anlage 31

Identitätsunterlage Kerstin Pithan

– Identifikationsnummer ohne Statusfeststellung

Anlage 32

Beitragsservice ARD/ZDF/Deutschlandradio

– Ableitung von Zahlungspflichten aus Meldedaten

Anlage 33

Sammelvorgang Geburtenregistrauszüge (Dezember 2025)

– fehlende Staatsangehörigkeitseinträge trotz beglaubigter Registerführung

Weitere gleichgelagerte Zivilistenfälle (Systemnachweis)

Anlage 34

Oliver G. – Identitätsunterlage

Anlage 35

Alfons H. – behördlicher Schriftverkehr

Anlage 36

Dirk L. – Stadt Dissen

– innerstaatliche Prüfung ohne völkerrechtliche Einordnung

Anlage 37

Schreiben Bernd S.

Anlage 38

Schreiben Bernhard K.

Anlage 39

Schreiben Bettina G.

Anlage 40

Schreiben Danny T.

Anlage 41

Schreiben Evamaria K.

Anlage 42

Schreiben Markus N.

Einzelmatrix – Anlagen 1–42

(Anlage → Behörde → Handlung / Unterlassen → verletzte Pflicht / Norm)

Anlagen 1–5 – Grundlagen / Recht / Register

Anlage 1

- **Behörde:** Bundesverfassungsgericht
- **Handlung / Unterlassen:** Verweis auf fehlende Zuständigkeit außerhalb formeller Verfahren; keine inhaltliche völkerrechtliche Prüfung
- **Norm:** Art. 25 GG (Hard Law), ICCPR Art. 2 (Gewährleistungspflicht)

Anlage 2

- **Behörde:** Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- **Handlung / Unterlassen:** Zuständigkeitsverneinung, keine Koordination
- **Norm:** Art. 144 GA IV (Hard Law), UN-Res. 56/83 Art. 4

Anlage 3

- **Behörde:** Stadtamt Bremen
- **Handlung / Unterlassen:** Frühere rechtsklare Statusfeststellung (Vergleichsmaßstab)
- **Norm:** ICCPR Art. 16 (Recht auf Identität)

Anlage 4

- **Behörde:** Verwaltungsgericht
- **Handlung / Unterlassen:** Feststellung: Melderegister ≠ Staatsangehörigkeit
- **Norm:** Art. 25 GG, ICCPR Art. 16

Anlage 5

- **Dokument:** Charta von Paris
- **Handlung / Unterlassen:** Politische Selbstbindung ohne Umsetzung
- **Norm:** Soft Law (Leitwirkung)

Anlagen 6–10 – Exekutivpraxis mit Rechtsfolgen

Anlage 6

- **Behörde:** Finanzamt Zwiesel
- **Handlung / Unterlassen:** Steuerliche Maßnahmen trotz ungeklärtem Status; Ablehnung völkerrechtlicher Prüfung
- **Norm:** UN-Res. 56/83 Art. 4, Art. 12–15; Art. 25 GG

Anlage 7

- **Behörde:** Landratsamt Forchheim
- **Handlung / Unterlassen:** Weiterverweisung, keine Statusklärung
- **Norm:** ICCPR Art. 16; Art. 144 GA IV

Anlage 8

- **Behörde:** Gesundheits-/Verwaltungsbehörden
- **Handlung / Unterlassen:** Medizinische Maßnahmen ohne völkerrechtliche Einordnung
- **Norm:** ICCPR Art. 7, Art. 16; Soft Law (Menschenrechtsschutz)

Anlage 9

- **Behörde:** Ausländerbehörden / BVA
- **Handlung / Unterlassen:** Kein rechtsverbindlicher Reiseausweis trotz ungeklärtem Status
- **Norm:** ICCPR Art. 12, Art. 16

Anlage 10

- **Behörde:** Ausländerbehörde Traunstein
- **Handlung / Unterlassen:** Statuszuschreibung über Melderegister
- **Norm:** ICCPR Art. 16; Art. 25 GG

Anlagen 11–12 – Gerichte / Status

Anlage 11

- **Behörde:** Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht Bremen
- **Handlung / Unterlassen:** Keine eigenständige völkerrechtliche Prüfung
- **Norm:** ICCPR Art. 2, Art. 16; Art. 25 GG

Anlage 12

- **Behörde:** Bundesverwaltungsamt (EStA)
 - **Handlung / Unterlassen:** Registerleere ohne Statusfeststellung
 - **Norm:** ICCPR Art. 16, Art. 24 Abs. 2
-

Anlagen 13–19 – Justizressorts Bund / Länder

Anlage 13

- **Behörde:** Bundesministerium der Justiz
- **Handlung / Unterlassen:** Verweis auf AA, keine Umsetzung
- **Norm:** Art. 144 GA IV; UN-Res. 56/83 Art. 4

Anlage 14

- **Behörde:** JM Schleswig-Holstein
- **Handlung / Unterlassen:** Zuständigkeitsverneinung
- **Norm:** Art. 25 GG

Anlage 15

- **Behörde:** JM Niedersachsen
- **Handlung / Unterlassen:** Verweis auf Bund / AA
- **Norm:** Art. 144 GA IV

Anlage 16

- **Behörde:** Stadt Hamburg
- **Handlung / Unterlassen:** KSZE als historisch eingeordnet
- **Norm:** Soft Law (Helsinki)

Anlage 17

- **Behörde:** Justizbehörde Hamburg
- **Handlung / Unterlassen:** Keine Zuständigkeit
- **Norm:** Art. 25 GG

Anlage 18

- **Behörde:** JM Bayern
- **Handlung / Unterlassen:** Einschränkung Anwendbarkeit GA IV

- **Norm:** Art. 144 GA IV

Anlage 19

- **Behörde:** JM Bayern
 - **Handlung / Unterlassen:** Wiederholte Zuständigkeitsverlagerung
 - **Norm:** UN-Res. 56/83 Art. 12–15
-

Anlagen 20–26 – Länderübergreifendes Muster

Anlage 20

- **Behörde:** JM Sachsen-Anhalt
- **Handlung / Unterlassen:** Internetverweis statt Schulung
- **Norm:** Art. 144 GA IV

Anlage 21

- **Behörde:** JM Niedersachsen
- **Handlung / Unterlassen:** Freiwillige Fortbildung statt Pflicht
- **Norm:** Art. 144 GA IV

Anlage 22

- **Behörde:** JM NRW
- **Handlung / Unterlassen:** Formale Anerkennung ohne Umsetzung
- **Norm:** Art. 25 GG

Anlage 23

- **Behörde:** JM Niedersachsen
- **Handlung / Unterlassen:** Wiederholte Weiterverweisung
- **Norm:** UN-Res. 56/83 Art. 15

Anlage 24

- **Behörde:** JM Niedersachsen
- **Handlung / Unterlassen:** Fortgesetztes Unterlassen
- **Norm:** UN-Res. 56/83 Art. 12–15

Anlage 25

- **Behörde:** JM NRW

- **Handlung / Unterlassen:** Ausgangsanfrage unbeantwortet
- **Norm:** Art. 144 GA IV

Anlage 26

- **Behörde:** JM NRW
 - **Handlung / Unterlassen:** Originalantwort ohne Umsetzung
 - **Norm:** Art. 25 GG
-

Anlagen 27–28 – Bundesregierung / Verteidigung

Anlage 27

- **Behörde:** Bundeskanzleramt
- **Handlung / Unterlassen:** Keine Koordination, Weiterleitung
- **Norm:** UN-Res. 56/83 Art. 4

Anlage 28

- **Behörde:** Bundesministerium der Verteidigung
 - **Handlung / Unterlassen:** Umsetzung nur militärisch
 - **Norm:** Art. 144 GA IV
-

Anlagen 29–30 – Kommunale Ebene

Anlage 29

- **Behörde:** Kommunale Verwaltung
- **Handlung / Unterlassen:** Völkerrecht nur mittelbar
- **Norm:** Art. 25 GG

Anlage 30

- **Behörde:** Landrat Rhein-Sieg-Kreis
 - **Handlung / Unterlassen:** Keine unmittelbare Verpflichtung
 - **Norm:** Art. 25 GG
-

Anlagen 31–33 – Identität / Register / Folgen

Anlage 31

- **Behörde:** Register / Identitätsstelle
- **Handlung / Unterlassen:** ID ohne Statusfeststellung
- **Norm:** ICCPR Art. 16

Anlage 32

- **Behörde:** Beitragsservice
- **Handlung / Unterlassen:** Zahlungspflichten aus Registerdaten
- **Norm:** ICCPR Art. 16; UN-Res. 56/83 Art. 4

Anlage 33

- **Behörde:** Standesämter
 - **Handlung / Unterlassen:** Geburten ohne Staatsangehörigkeitseintrag
 - **Norm:** ICCPR Art. 24 Abs. 2; Art. 16
-

Anlagen 34–42 – Systemnachweis (gleichgelagerte Fälle)

Anlage 34 – Oliver G

Anlage 35 – Alfons H

Anlage 36 – Dirk L

Anlage 37 – Bernd S

Anlage 38 – Bernhard K

Anlage 39 – Bettina G

Anlage 40 – Danny T

Anlage 41 – Evamaria K

Anlage 42 – Markus N

- **Behörden:** Verschiedene Kommunen
 - **Handlung / Unterlassen:** Identische Muster (keine Statusklärung)
 - **Norm:** ICCPR Art. 16; Art. 144 GA IV; Art. 25 GG
-